



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 099-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.168

Eingereicht am: 07.06.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schär (Schönried, FDP) (Sprecher/in)
Hegg (Lyss, FDP)
Weitere Unterschriften: 1

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 10.06.2021

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Rückkehrzentrum Biel-Bözingen für Familien erhalten

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. Biel-Bözingen als zentral gelegener Standort für ein Rückkehrzentrum, insbesondere für Familien und Frauen mit Kindern, zu erhalten
2. Massnahmen zu treffen, damit dieser Standort auch über 2022 hinaus genutzt werden kann

Begründung:

Die Stadt Biel hat völlig überraschend entschieden, die Weiterverwendung des Standortes Biel-Bözingen als Rückkehrzentrum abzulehnen. Dieser Entscheid ist nicht nachvollziehbar.

Als die Gemeinde Prêles als Standort für ein Rückkehrzentrum zur Diskussion stand, argumentierte insbesondere Rot-Grün damit, dass dieser Standort «zu peripher, zu abgelegen» sei. Die Sicherheitsdirektion hat darauf reagiert und mit dem Plan B den sehr zentral gelegenen Standort Biel-Bözingen bestimmt; dieser wird insbesondere für die Unterbringung von Familien und Frauen mit Kindern verwendet. Und ausgerechnet die rot-grüne Regierung unter SP-Stadtpräsident Erich Fehr lehnt das nun ab! Von den aktuell sechs Rückkehrer-Standorten sind die Familien mit Kindern auf die zwei Standorte verteilt, wo Schulunterricht möglich ist. Und nur in Biel erfolgt der Schulunterricht von Beginn weg in Regelklassen. Sollen denn die Kinder nach Meinung von Herrn Stadtpräsident Fehr da herausgerissen und an einen (erst noch zu findenden) ggf. abgelegenen Standort platziert werden? In Prêles vielleicht? Das Verhalten der Stadt Biel ist unlogisch und inkonsequent – absurd. Es ist nicht Sache der Stadt Biel, die demokratisch abgestützte Asylpolitik umzustossen und quasi erpresserisch so ihre Anliegen auszudrücken (auf Kosten der Kinder). Der Kanton muss Massnahmen treffen, damit dieser sehr zentral gelegene Standort erhalten bleibt.

Begründung der Dringlichkeit: Die Stadt Biel verweigert die Fortführung über Herbst 2021 hinaus, die Kinder würden aus den Regelklassen herausgenommen.

Verteiler

- Grosser Rat